

**Familienpolitik auf Landesebene**  
**Austausch der Landes(bei)räte für Familienfragen**  
**14./15.11.2013 in Berlin**

Anwesenheit: s. Anlage

Protokoll: Alexander Nöhring, Berliner Beirat für Familienfragen

**Programm**

14.11.2013

- 16:00 Uhr Empfang durch Sandra Scheeres, Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft und gegenseitige Vorstellung im Abgeordnetenhaus von Berlin
- 18:00 Uhr Transfer zur ufaFabrik
- 18:30 Uhr Begrüßung im Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.V.
- 19:00 Uhr Abendessen

15.11.2013

- 09:00 Uhr Gemeinsamer Austausch über Aufgaben, Inhalte, Organisationsmodelle und Arbeitsweisen
- 11:00 Uhr Grußwort von Ingo Behnel, Leiter der Abteilung Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 12:30 Uhr Mittagessen
- 13:30 Uhr Gemeinsamer Austausch über Aufgaben, Inhalte, Organisationsmodelle und Arbeitsweisen
- 16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

**14.11.2013, Abgeordnetenhaus von Berlin**

Herr Staatssekretär a.D. Thomas Härtel, Vorsitzender des Berliner Beirats für Familienfragen, begrüßt die anwesenden Gäste und Mitglieder des Berliner Familienbeirats. Insbesondere begrüßt er die Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Frau Sandra Scheeres, und dankt ihr für den Empfang der Landes(bei)räte sowie Frau Katrin Möller, MdA, und bedankt sich für die Einladung durch sie und ihre Fraktion in das Berliner Abgeordnetenhaus.

Sandra Scheeres, Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Frau Scheeres begrüßt die Teilnehmenden ihrerseits in Berlin und macht deutlich, dass Berlin eine kinder- und familienfreundliche Stadt ist, insbesondere durch die Bereitstellung einer guten Infrastruktur. Im Landshaushalt 2014/15 werden ca. 400 Millionen Euro zusätzlich für den Bildungsbereich bereitgestellt. Einer der Schwerpunkte ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung mit **Kitaplätzen**, dies ist ein Beitrag für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zudem ist der Kitabesuch wichtig für den späteren Bildungsverlauf der Kinder. Die Betreuungsquote von 1- 3 jährigen Kindern beträgt

69 %, zwischen 3 und 6 Jahren 95%, mit steigender Tendenz. Um den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr zu gewährleisten, hat Berlin ein eigenes Landesprogramm aufgelegt, mit dem schwerpunktmäßig Ü3-Plätze ausgebaut werden zusätzlich zu den Bundesmitteln für die Investition in U3-Plätze.

Über 1 Mrd. Euro fließt in Berlin jährlich in den Betrieb der Kindertagesbetreuung. Um die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege zu sichern, arbeiten die pädagogischen Fachkräfte verpflichtend nach dem Berliner Bildungsprogramm. Für jedes Kind wird ein Sprachlernstagebuch geführt, das den Sprachentwicklungsprozess des Kindes begleitet. Zukünftig erhalten die Eltern deren Kinder das 3. Lebensjahr vollendet haben und noch keine Kita besuchen einen stark vereinfachten „Kurzantrag“ für einen Betreuungsgutschein über einen kostenfreien Teilzeitplatz ab dem 1. August eines Jahres. Im ersten Quartal 2014 ist des Weiteren geplant, dass die Antragstellung eines Kita-Gutscheins auch online erfolgen kann. Zudem hat sich Berlin auf den Weg gemacht, **Familienzentren an Kitas** zu entwickeln, 24 sind es derzeit. Zu deren Begleitung existiert eine Servicestelle bei der Stiftung SPI. Die ersten Erfahrungen werden bald evaluiert. Der Bericht wird Anfang 2015 vorliegen.

Im Bereich **Schule** hat Berlin flächendeckend Ganztagsgrundschulen (bis zur 6. Klasse) etabliert, zukünftig muss es darum gehen, die Schulen noch stärker als bisher für Kooperationen (mit Vereinen etc.) in den Ganztagskonzepten zu öffnen. Das System der weiterführenden Schulen ist zweigliedrig.

In den Berliner Bezirken (kommunale Ebene) existieren ein Vielzahl an **Beratungs- und Begleitungsangeboten für Familien** und es ist wichtig, die Informationen über diese Angebote transparent weiterzugeben. Der Berliner Beirat für Familienfragen erarbeitet für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft derzeit ein Familieninformationsportal, welches bald online gehen soll.

2007 wurde der **Berliner Beirat für Familienfragen** in seiner jetzigen Form ins Leben gerufen. Er setzt sich seine Themen selbst, führt Veranstaltungen durch und versteht sich als Sprachrohr für die Familien in Berlin. Eine wichtige Aufgabe ist es, einen Familienbericht für das Land zu erstellen und eine Reihe von Themen sind hier aktuell wichtig:

Niedrigschwellige Angebote wie bspw. Familienzentren, Teilhabe von Familien, Kinder- und Familienarmut, Infrastruktur für Familien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

#### Katrin Möller, MdA, familienpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitglied im Berliner Beirat für Familienfragen

Frau Möller heißt die Anwesenden ihrerseits Willkommen. Es ist eine gute Tradition, dass der **Berliner Beirat für Familienfragen** immer abwechselnd bei seinen Mitgliedern tagt. Er ist ein Sensor dafür, was die Familien in der Stadt bewegt, beispielsweise werden gemeinsam mit der Berliner Landesarmutskonferenz Problemfelder im Bereich **Kinder- und Familienarmut** bearbeitet – die Stadt liegt mit dem Anteil an armen Familien über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wächst Berlin, ca. 350.000 Menschen werden in den nächsten 15 Jahren hinzukommen. Hier muss sich die **Infrastruktur** familienfreundlich weiterentwickeln und in der entsprechenden Qualität bereitgestellt werden. Frühkindliche Förderung ist seit Langem ein Schwerpunkt Berliner Familienpolitik, die **Schulstrukturreform** der vergangenen Jahr geht zudem in die richtige Richtung: beispielsweise können an den integrierten Sekundarschulen alle Schulabschlüsse erreicht werden.

Thomas Härtel, Staatssekretär a.D., Vorsitzender des Berliner Beirats für Familienfragen

Bereits im Familienbericht 2011 des Berliner Beirats für Familienfragen wird der breite Anspruch des Gremiums deutlich: „Familie ist jede Gemeinschaft unterschiedlicher Generationen, in denen Menschen füreinander Sorge tragen“. Der Beirat hat die Aufgabe, den Berliner Senat ressortübergreifend zu Fragen der Familienpolitik zu beraten. Die aktuell 26 Mitglieder aus Politik, Verbänden, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Wissenschaft bereiten derzeit den nächsten Familienbericht für 2015 vor. Dabei werden Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene gerichtet. Schwerpunkte sind die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung, die bessere Vernetzung mit Angeboten der Unterstützung und Begleitung von Familien (eher als eine Kita-„Pflicht“, wie sie derzeit in Berlin diskutiert wird), Inklusion, insbesondere in der Schule, Stadtentwicklung und Wohnen aus Sicht von Familien, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie wirksame Strategien gegen die Folgen von Armut innerhalb von Familien. Übergeordnet beschäftigt sich der Beirat immer wieder mit Fragen der ressortübergreifenden Koordination von Familienpolitik.

Vorstellungsrunde

Die Teilnehmenden stellen sich gegenseitig kurz vor (weitere Vorstellung s. 15.11.):

- Frau Brigitta Leifert, Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Hessen, derzeit gibt es in Hessen Planungen für die Einrichtung eines Familienbeirats
- Frau Anne Schreyer-Schubert, stellvertretende Vorsitzende des Landesfamilienrats Baden-Württemberg und Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin: Dieses Gremium arbeitet seit 1981, damals angeregt durch das Sozialministerium. Mitglieder sind Verbände, die Familienforschung Baden-Württemberg nimmt ohne Stimmrecht teil.
- Frau Margret Tourbier-Stretz, Hamburger Allianz für Familien: Schwerpunkt der Allianz ist das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da auch die Kammern Mitglied sind
- Frau Beate Krähe, Geschäftsführung des Landesbeirats für Familienpolitik in Rheinland-Pfalz: Dieses Gremium ist im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen angesiedelt, den Vorsitz hält die Ministerin
- Herr Bernd Heimberg, Vorsitzender des Landesbeirats für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik in Niedersachsen: Der Beirat ist ein Nachfolgegremium des ehemaligen Landesjugendhilfeausschusses, wird aber evtl. unter der neuen Landesregierung in einen „reinen“ Familienbeirat umgewandelt.

Im Anschluss begeben sich die Teilnehmenden zu einem gemeinsamen Abendessen in das Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.V. und werden dort von der Geschäftsführerin Rente Wilkening begrüßt.

**15.11.2013, Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.V.**

Herr Härtel begrüßt im Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.V. und verweist auf die lange Tradition an Nachbarschaftszentren in Berlin. Die meisten haben sich dem Verband für sozialkulturelle Arbeit angeschlossen, welcher seinerseits, neben einzelnen Zentren, aktiv im Berliner Bündnis für Familie agiert. Eines der Aktionen des Berliner

Träger: Stiftung Hilfe für die Familie - Stiftung des Landes Berlin - Vorsitzende des Kuratoriums: Sigrid Klebba - Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft | Vorstand: Rainer Borgmann Quade · Dr. Heide-Rose Brückner · Nicole Hofmann | Geschäftsführer: Hermann Weber

Berliner Beirat für Familienfragen - Vorsitz: Thomas Härtel

Bündnisses für Familie ist die „Lange Nacht der Familie“, die am 24.05.2014 zum vierten Mal stattfinden wird und bei der sich über 150 Einrichtungen und Initiativen beteiligen. Mit Blick auf die Tagesordnung erklärt Herr Härtel, dass es das Vorhaben ist, sich gegenseitig intensiv vorzustellen. Bewusst ist für dieses erste Austauschtreffen auf eine Schwerpunktsetzung zu Gunsten eines bestimmten Themas verzichtet worden, bei einer bspw. jährlichen Fortsetzung kann dies aber spannend sein.

## **I Gegenseitige Vorstellung**

### Berliner Beirat für Familienfragen

Herr Härtel stellt das Organisationsmodell und zentrale Themen des Berliner Beirats für Familienfragen vor (s. hierzu Präsentation in der Anlage).

Der Beirat besteht aus 26 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft, Familienorganisationen, Religionsgemeinschaften und wissenschaftlichen Sachverständigen. Durch die jährliche Zuwendung durch den Berliner Senat können eine Geschäftsstelle unterhalten, wissenschaftliche Expertisen in Auftrag gegeben, Partizipationsprozesse angestoßen und Fachveranstaltungen durchgeführt werden. Einmal in der Legislaturperiode veröffentlicht der Beirat einen Familienbericht, daneben werden Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften/Gesetzesvorhaben des Senats erarbeitet und Initiativen für Familienfreundlichkeit unterstützt.

Da der Berliner Beirat für Familienfragen einen „weiten“ Familienbegriff seiner Arbeit zu Grunde legt (s. oben), gehört es zu den täglichen Herausforderungen, Ressortgrenzen zu überwinden und zwischen den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung Brücken zu schlagen. Ebenso soll künftig stärker als bisher die kommunale (in Berlin: bezirkliche) Ebene in den Blick genommen werden.

### Landesbeirat für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik Niedersachsen

Herr Heimberg erläutert das Modell des Landesbeirats, welcher aus Familien- und Wohlfahrtsverbänden besteht und als Nachfolgegremium des Landesjugendhilfeausschusses eingerichtet worden ist. Bei der AGF Niedersachsen finanziert die Landesregierung dafür eine kleine Geschäftsstelle. Die Sitzungen bestehen aus 2 Teilen: einem öffentlichen (mit Vertreter/innen der Landesministerien als Berichterstatter/innen) und einem nicht-öffentlichen (intern). Eine der Hauptaufgaben ist es, die Verteilung von Landesmitteln für Familienfreizeiten, Familienerholung und die Förderung von Familien im Hinblick auf Bildungsaspekte zu diskutieren, der Landesbeirat wirkt mit bei der handlungsorientierten Sozialberichterstattung des Landes und dem Fachinformationssystem (Portal) Frühe Hilfen, ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Familie in Not sowie in der LAK Niedersachsen. Auch wenn sich der Landesbeirat eher als ein Beratungsgremium für alle Fragen der Jugendhilfe versteht, stehen familienpolitische Fragen in jüngerer Zeit verstärkt auf der Tagesordnung. Themen sind hierbei Ganztagschulen, Bildungsregionen (Anliegen: weit fassen, Kita bis Ausbildung), Familienzentren, Fachkräfteentwicklung, ressortübergreifende Zusammenarbeit Kinder-, Jugendpolitik. Aktuell wird das Verhältnis von Familienzentren (in den Kommunen unterschiedlich ausgeprägt) und neu von der Landesregierung eingeführten Kinder- und Familien-Servicebüros diskutiert. Neuerlich wird darüber gesprochen, wieder einen LJHA einzurichten und den Landesbeirat als „echten“ Familienbeirat fortzuführen.

### Landesfamilienrat Baden-Württemberg

Frau Schreyer-Schubert und Frau Daumüller erläutern, dass der Landesfamilienrat bereits 1981 entstanden ist, als eine Erweiterung der AGF um die Wohlfahrtsverbände. So ist die Mittelvergabe für Familienerholung nach wie vor eine Aufgabe. Der Landesbeirat unterhält eine Geschäftsstelle mit einer Geschäftsführerin und einer Verwaltungskraft. Unter den 20 Mitgliedsorganisationen haben die Wohlfahrtsverbände eine starke Stellung (lt. Satzung können andere Verbände, die Mitglied in einem Wohlfahrtsverband sind, nicht Mitglied im Landesfamilienrat sein). Der Vorstand besteht aus 32 z.T. ehrenamtlich agierenden Personen und tagt 2x im Jahr, der geschäftsführende Vorstand (5 Personen) trifft sich öfters und setzt Ausschüsse zur Umsetzung der Arbeit ein, bspw. zu den Themen Familie und Bildung, Familie und Pflege, Familie und Schule, Alleinerziehende, Kinderschutz und Frühe Hilfen, Familie und Medien. In den Arbeitsgruppen werden Positionspapiere erarbeitet und Tagungen vorbereitet. Der Landesfamilienbeirat ist zudem Mitglied in Medienbeiräten. Politische Instrumente sind insbesondere die Veröffentlichung von Stellungnahmen, die Durchführung von Veranstaltungen, Mitgliedschaften in Gremien sowie regelmäßige Fachgespräche mit Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung.

Derzeit ist ein Netzwerk Familienbildung für Baden-Württemberg im Aufbau, in welchem Akteur/innen der Familienbildung und Verantwortliche aus den Ministerien gemeinsam versuchen, die Stellung der Familienbildung zu verbessern. Bisher sorgte ein Gutscheinsystem für eine recht gute Verbreitung der Angebote, dieses System wird nun abgeschafft. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind derzeit die Mitarbeit bei der Vergabe eines Prädikats an familienbewusste Unternehmen (Family Net), die Begleitung der Entstehung des ersten Armuts- und Reichtumsberichts des Landes mit dem Schwerpunkt Kinderarmut, das Themenfeld Familie und Wohnen sowie die Schulreform, in welcher Haupt- und Realschulen zusammengelegt wurden.

### Allianz für Familien, Hamburg

Frau Tourbier-Stretz führt aus, dass die Hamburger Allianz für Familien 2004 von der zuständigen Behörde des Senats gegründet wurde. In die Sitzungen werden ggf. Gäste eingeladen, es kommt zur temporären Zusammenarbeit mit verschiedenen Partner/innen. Die Allianz verfolgt das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Bisher wurden auf den Weg gebracht:

- Eine Hotline zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt, in Kooperation mit der pme Familienservice GmbH (Beratung von 30-40 Unternehmen im Jahr)
- Regelmäßige Verleihung des Hamburger Familiensiegels (bislang ging dies an 205 Unternehmen und soziale Dienstleister, dies sind insbes. KMU, davon 10% Handwerksbetriebe)
- Fachveranstaltungen zu best practice
- Ein Projekt zum Thema Ausbildung in Teilzeit, angesiedelt bei der Handelskammer, wird unterstützt
- Durchführung des Hamburger Familientags 1x/Jahr in der Handelskammer, zus. mit Kooperationspartner/innen: Informationsmesse für Eltern
- Ein Projekt zu betrieblicher Familienbildung ist in Planung
- Die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugenossenschaften zum Thema Wohnen und Familie
- Derzeit werden Unternehmen nach weiteren thematischen Interessen befragt

### AGF Hessen

Frau Leifert von der AGF in Hessen verdeutlicht, dass es in ihrem Bundesland keine ähnlichen Strukturen gibt. Die AGF, der bspw. der Deutsche Familienverband in Hessen nicht angehört, erhält keine Mittel vom Land. Trotz Mittelkürzungen für Familienangebote in den vergangenen Jahren (z.B. keine Landesmittel mehr für Familienbildung, Familienzentren werden mit je nur 12.000 Eur/Jahr gefördert) erlebt das Bundesland derzeit einige familienpolitische Offensiven: Zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finanzielle Hilfen, in der Zuarbeit zum Familienatlas, durch Auditierungen berufundfamilie und familiengerechte Kommune sowie eine entsprechende Servicestelle im Sozialministerium. Die Idee ist nun, ähnlich Rheinland-Pfalz, einen Familienbeirat auf Ministerialebene einzurichten.

### Landesbeirat für Familienpolitik Rheinland-Pfalz

Frau Krähe trägt vor, dass der Landesbeirat für Familienpolitik vor 10 Jahren eingerichtet wurde und aus 36 stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Sie werden von der Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen für die Dauer der Legislaturperiode berufen. Die entsendenden Institutionen und Verbände haben ein Vorschlagsrecht. Der Landesbeirat für Familienpolitik berät und unterstützt die Landesregierung Rheinland-Pfalz in allen die Familie betreffenden Fragen.

Den Vorsitz im Landesbeirat führt die Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Die Geschäftsführung obliegt dem Familienreferat des Ministeriums (Geschäftsordnung s. Anlage).

Der Landesbeirat tagt 1 – 2 Mal im Jahr. Nach Bedarf werden Arbeitsgruppen für einzelne Arbeitsschwerpunkte eingerichtet. In der Vergangenheit waren dies unter anderem folgende Themen:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege
- Audit berufundfamilie
- Kinderarmut
- Häuser der Familie

In der seit 2011 laufenden Legislaturperiode wurden Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunktthemen eingerichtet und Leitsätze und Empfehlungen vom Landesbeirat verabschiedet:

- Neuausrichtung der Familienpolitik unter den Aspekten Zeit, Geld und Infrastruktur
- Familienfreundliche Quartiere

Aktuell wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe das Thema „Familienzeitpolitik“ behandelt und zurzeit Empfehlungen erarbeitet.

Schwerpunkte der Familienpolitik des Landes Rheinland-Pfalz sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit für den Start ins Leben und eine gute Infrastruktur der Familienförderung und Jugendhilfe. Dazu gehören unter anderem:

Förderung der Familienbildung, Familienerholung, Familienzentren, Häuser der Familien, der Beratungsstellen und vieles mehr. Es wurde eine Servicestelle „Netzwerk Familien stärken“ eingerichtet, durch die die familienunterstützenden Einrichtungen vernetzt und weiterentwickelt werden sollen (s. Anlagen). Darüber hinaus gibt es die Landesstiftung „Familie in Not“ und die Broschüre „Ratgeber Familie“.

Im Folgenden wird nachgefragt/diskutiert:

### 1. Wirkungsweise

- Die Wirkungsweise eines Landes(bei)rats für Familienpolitik ist mehrfach:
  - Die **politische Wirkung** (Transfer der Ergebnisse in die Politik) eines Beirats hängt in hohem Maße von der Bereitschaft der politischen Akteur/innen ab sowie von der Struktur der Bundesländer: In den Stadtstaaten sind die Akteursbeziehungen enger als in Flächenstaaten
  - Die **Wirksamkeit für Familien selbst** besteht zum einen in Agendasetting-Prozessen für die Familienpolitik des Landes (z.B. Drängen auf den Abbau von Projektförderung in Niedersachsen) sowie die direkte Einbindung der Familien durch Partizipationsprozesse (z.B. Familienforen in Berlin)
  - Auf **Verwaltungsprozesse** wirkt sich die Arbeit durch einen ressortübergreifenden Blick auf Familienthemen aus.
- Die Wirkung ist abhängig von der Aufgabenstellung (bspw. Familienberichterstattung als Grundlage der Arbeit in Berlin)
- Evtl. können Konkurrenzsituation zu Verbänden und/oder Lokalen Bündnissen für Familie entstehen
- Wichtig dabei ist die klare Abgrenzung: Was kann ein (Bei)Rat leisten (Familienbericht, Siegel Familienfreundlichkeit, Landesnetzwerk Familienbildung), wo sind die Grenzen

### 2. Familienverständnis/inhaltliche Diskussionen

- Es ist wichtig, konzeptionell offen zu sein (z.B. in einer Satzung), insbesondere, um auch nach der Gründung eines solchen Gremiums noch weitere Mitglieder aufnehmen zu können (und diese auch inhaltlich integrieren zu können)
- Diese Diskussion ist wichtiger als die Frage nach dem Familienverständnis
- Ein Familienverständnis sollte dann im Arbeitsprozess geklärt werden
- Ein Beirat ist ein gutes Forum, um familienpolitische Fragen ergebnisoffen zu diskutieren und daraus eine Haltung zu entwickeln

### 3. Arbeitsweise

Die Arbeitsweise ist abhängig von der

- **Ausstattung:** Die Einrichtung einer Geschäftsstelle mit Personal- und Projektkosten (BaWü, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hamburg) ist wichtig, um Kontinuität in der Arbeit herzustellen.
- **Einbindung in die Landesverwaltung:** Es ist gut zu überlegen, mit welchen Ministerien die engste Zusammenarbeit gesucht wird – für Familie zuständig, dennoch offen bleiben für ressortübergreifende Fragen. In BaWü ist es ein Gewinn, eng mit der Statistikbehörde (Familienforschung Baden-Württemberg) zusammenzuarbeiten. Wichtig ist es, sowohl mit der Arbeitsebene im engen Austausch zu stehen, als auch den Kontakt zu den Hausspitzen zu halten. Eine der zentralen Fragen ist, ob ein (Bei)Rat aus der Verwaltung heraus gesteuert wird (Rheinland-Pfalz), dies sorgt für den guten Transfer der Ergebnisse, oder aber extern agiert (BaWü, Niedersachsen, Hessen, Berlin), dies sorgt für Unabhängigkeit.

- **Einbindung in die Landespolitik:** Wenn die Politik (bspw. familienpolitische Sprecher/innen aller Abgeordnetenhausfraktionen in Berlin) gleich mit eingebunden ist, dann ist der inhaltliche Transfer leichter herzustellen, ggf. kann politisch hier „über Bande“ gespielt werden. Andererseits fällt es dann in der Diskussion schwerer, sich als ein fachliches „Gegenüber“ zur Politik aufzustellen.

## **II Grußwort von Ingo Behnel, Leiter der Abteilung Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Herr Behnel bedankt sich für die Einladung und unterstreicht einleitend die Wichtigkeit der Familienpolitik auf Landesebene. Er deutet an, wie problematisch es ist, dass Familienpolitik eigentlich Querschnittsaufgabe sein sollte, jedoch dem BMFSFJ in der Zuständigkeit zugeschrieben wird. Herr Behnel lädt dazu ein, die Strukturen rund um die Familienpolitik deutlich zu stärken, d.h. er bekundet sein Interesse an Vernetzung und besserer Aufstellung der Familienpolitik, auch auf Länderebene. (s. Präsentation in der Anlage)

Als Leitlinie der Familienpolitik wird sich durch die aktuelle Legislaturperiode auch weiterhin die Trias aus Geld, Infrastruktur und Zeit ziehen:

- **Geldleistungen:**
  - Die erst kürzlich durchgeführte Evaluation ehe- und familienbezogener Leistungen zeigt den großen Umfang der Unterstützung für Familien. Jedoch: Hier sind Strukturen aufzubauen und zu stärken, die diese Ergebnisse erläutern können, auch in den unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten.
  - Die Verringerung von Kinderarmut, z.B. durch das Kindergeld, soll im Fokus der Debatte stehen. Hier sind es z.B. Mehrkindfamilien, die stärker als bisher in den Blick genommen werden müssen.
  - Den Kinderzuschlag gilt es so aufzustellen, das er aus dem SGB II – Bezug herausführt.
  - Beim Elterngeld müssen Anreize für Teilzeitarbeit beider Elternteile geschaffen werden („Elterngeld Plus“).
- **Infrastruktur:**
  - Nach der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung ab einem Jahr, steht nun der Anspruch auf Betreuung Ü6 (Hortbetreuung, Ganztagschule etc.) auf der Agenda.
  - Daneben gilt es, die Qualität in der Kinderbetreuung auszubauen und zu stärken, evtl. sogar im Rahmen eines Qualitätsgesetzes.
- **Zeit:**
  - Im OECD-Vergleich haben Frauen in Deutschland eine der geringsten Wochenarbeitszeiten. Ein guter Mix aus Infrastruktur, Geldleistung und zeitrechtlichen Instrumenten (z.B. Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetz im Hinblick auf eine Umkehr der Beweislast auf Seiten der Arbeitgeber bei Ablehnung eines Teilzeit- bzw. Vollzeitwunsches).
  - Die Elternzeit soll dahingehend verändert werden, als dass der übertragbare Zeitraum verdoppelt und diese bis zum 14. Lebensjahr des Kindes genommen werden kann.



- Zeitpolitik muss sich als kommunale Aufgabe etablieren, derzeit werden Rechenbeispiele erarbeitet, die zeigen, dass sich diese Investition lohnt.

Herr Behnel schließt mit der Bemerkung, dass in den Ländern die Tendenz vorherrscht, finanzielle Unterstützung durch den Bund einzufordern, dabei aber wenig Steuerung durch den Bund zuzulassen.

Es wird nachgefragt/diskutiert:

1. Zu Geldleistungen:

- Eine Erhöhung der Partnerelternmonate ist bislang für die aktuelle Legislaturperiode nicht geplant.
- Da das Kindergeld bereits vor einigen Jahren auf das maximale Bezugsalter von 25 Jahren gesenkt wurde, kann davon ausgegangen werden, dass dies nicht nochmals abgesenkt wird. Allerdings ist dies bei gleichzeitig länger werdenden Ausbildungszeiten problematisch.
- Die Vorrang-/Nachrangmechanik von finanziellen Leistungen bei Transferleistungsempfänger/innen, die nicht im ALG II-Bezug sind, erzeugt eine riesige Prüf-Administration. Dieses muss abgebaut werden.
- Für die Jobcenter und Arbeitsagenturen sollte eine Geschäftsanweisung auf den Weg gebracht werden, die verdeutlicht, dass Eltern nicht zur Beantragung von Betreuungsgeld gezwungen werden können.

2. Stärkung der Familienpolitik:

- Gemeinsam von Länder- und Bundesebene ist es wichtig, immer wieder Ressourcenbedarf anzumelden, ansonsten werden familienpolitische Inhalte von Wirtschaftsthemen verdrängt.
- Insbesondere auch die Familienverbände sollten sich an der gemeinsamen Lobbyarbeit für Familienthemen stärker beteiligen.

3. Familienpolitik auf Landesebene:

- Auf Landesebene stehen Geldleistungen weniger im familienpolitischen Fokus als Aspekte von Zeit und Infrastruktur.
- Wichtig sind dabei insbesondere Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Familien (z.B. Familienförderung und –Bildung, Elternbegleitung).
- Die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Ressourcen zwischen den Ebenen müssen besser koordiniert werden: Länder: Kompetenz, aber wenig Ressourcen, Bund: Ressourcen, aber wenig Kompetenzen

4. Verständnis von Familienpolitik:

- Es wird bedauert, dass diese Beratungs- und Unterstützungsleistungen, z.B. Familienbildung und Elternbegleitung, bundespolitisch kaum abgebildet wird.
- Dies gilt auch für die Modellprojekte im Rahmen der Zeitpolitik: Hier stehen Vereinbarkeitsfragen im Fokus, aber nicht Familienbildung (Aufbau von Zeitkompetenz).
- Solch eine Verkürzung führt dazu, dass familienpolitische Leistungen des Bundes oftmals an einen Erwerbsstatus geknüpft sind.
- Gleichzeitig rückt eine „echte“ Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer weiter aus dem Fokus, eher scheint es um die zunehmende Verfügbarkeit von Frauen

für den Arbeitsmarkt zu gehen. Allerdings: Der Wunsch nach Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit ist insbes. bei Frauen vorhanden.

### **III Gemeinsamer Austausch über Aufgaben, Inhalte, Organisationsmodelle und Arbeitsweisen**

Die Teilnehmenden sind sich einig, dass ein solcher Austausch regelmäßig, 1x/Jahr, fortgeführt werden soll. Neben dem Austausch über Fragen der Organisation und Arbeitsweise soll künftig auch thematisch diskutiert werden. Als mögliche Schwerpunktthemen werden genannt:

- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Familienbildung
- System der Ganztagschule: gebunden/offen
- Offene Frage: Was haben wir familienpolitische nicht im Blick: Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, privatwirtschaftliches Engagement für Familien, Projekte zur Partizipation etc.

Darüber hinaus wird vereinbart, sich gegenseitig über die eigene Arbeit zu informieren. Dieses kann geschehen insbesondere durch die Zusendung von:

- Sitzungsprotokollen (sofern öffentlich)
- Stellungnahmen (sofern öffentlich)
- Veranstaltungshinweisen

**Der Berliner Beirat für Familienfragen bietet an, weiterhin die Adressdaten zu pflegen (Liste s. Anhang, es wird ggf. um Ergänzung gebeten).**

**Es wäre schön, wenn sich eine der Institutionen findet, die in 2014 ein erneutes Treffen ausrichten kann und möchte.**

Berlin, April 2014

Thomas Härtel

Alexander Nöhring

#### **Anlagen:**

- Anwesenheitsliste
- Adressen und Ansprechpersonen der Landesgremien
- Berlin:
  - Präsentation Berliner Beirat für Familienfragen
  - Satzung des Berliner Beirats für Familienfragen
  - „Gemeinsame Deklaration zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Berlin“
- Baden-Württemberg:
  - Konzept Netzwerk Familienbildung
  - Flyer familyNet Familienbewusstes Unternehmen

- Die Schule besser machen. Positionen aus Familienperspektive
- Rheinland-Pfalz:
  - Geschäftsordnung des Landesbeirats für Familienpolitik
  - Servicestelle für die Institutionen der Familienarbeit
  - Familienfreundliche Quartiere. Leitsätze und Empfehlungen
  - Neuausrichtung der Familienpolitik unter den Aspekten Zeit, Geld und Infrastruktur
- Brandenburg:
  - Familien- und kinderpolitische Leitlinien, Empfehlungen
  - Familien- und kinderpolitisches Konzept für das Land Brandenburg
- Präsentation Ingo Behnel, BMFSFJ, Leiter der Abteilung Familie